_____ Vereinigung zur Mitwirkung an der Entwicklung
des Bilanzrechts für Familiengesellschaften _____

Arbeitsgruppe Bilanzsteuerrecht

- Kurzprotokoll -

Ort: Frankfurt
Zeit: 01.02.2017, 09:00 – 13:00 Uhr
Sitzungsleiter: Prof. Dr. Christian Fink
Protokollant: Prof. Dr. Christian Fink
Anwesende: 8 Teilnehmer
Nächster Termin: wird noch abgestimmt, voraussichtlich Juni 2017

Herr Prof. Dr. Fink eröffnete die Veranstaltung in den Räumlichkeiten der dhpg in Frankfurt.

Nachdem noch einmal kurz der Arbeitsauftrag der Arbeitsgruppe besprochen wurde, nämlich u.a. der fachliche Austausch zu strittigen oder unklar geregelten Sachverhalten als Vorbereitung von politischen Aktivitäten, wurden drei entsprechende Sachverhalte durch Impulsreferate vorgestellt und diskutiert.

Zunächst stellte Herr Prof. Dr. Fink die mit den EStÄR 2012 eingeführte Begrenzung der Rückstellungshöhe in der Steuerbilanz durch die Handelsbilanz vor. Danach soll im Sinne einer imparitätischen Maßgeblichkeit bei der Rückstellungsbewertung ein niedrigerer handelsrechtlicher Rückstellungswert für den steuerlichen Wertansatz maßgeblich sein, ein höherer handelsrechtlicher Wert jedoch nicht. Im derzeitigen Zinsumfeld könnte dies insbesondere bei Sachleistungsverpflichtungen relevant sein, bei denen der handelsrechtliche Diskontierungszeitraum den steuerlichen Zeitraum für die Abzinsung übersteigt. Die Mitglieder berichteten, dass diese Problematik in den Mitgliedsunternehmen insbesondere bei Rückbauverpflichtungen auftreten könne. Mangels einer höchstrichterlichen Bestätigung handelt es sich bei der geschilderten Regelung (R 6.11 Abs. 3 EStR) zunächst um die Auffassung der Finanzverwaltung, die für den Steuerpflichtigen nicht verbindlich ist. Entsprechend müssen die Anwender selbst entscheiden, ob der Auffassung der Finanzverwaltung gefolgt werden soll oder nicht. Nach einer Diskussion der Thematik wurde beschlossen, diesbzgl. nicht aktiv zu werden. Die Entwicklungen sollten jedoch weiter verfolgt werden und insbesondere im Falle einer Zinswende erneut untersucht werden, da in diesem Fall noch andere Anwendungsfälle der Regelung generiert werden könnten.

Im Anschluss wurde die Behandlung von Genussrechten mit handelsrechtlichem Eigenkapitalcharakter in der Steuerbilanz durch Herrn von Klinggräff vorgestellt und dabei die Verfügung der OFD NRW vom 12.5.2016 kritisch gewürdigt. Zunächst sind Genussrechte weder gesetzlich definiert noch deren Bilanzierung geregelt. Unter einem Genussrecht ist die Gewährung eines Vermögensrechts durch ein Unternehmen zu verstehen, die regelmäßig gegen eine Geldleistung erfolgt. Existieren keine besonderen Abreden, ist Genussrechtskapital als eine Schuld zu klassifizieren („ge-

winnbeteiligtes Fremdkapital“) und führt zu einer Minderung z.B. der Eigenkapitalquote. Allerdings legt das IDW Voraussetzungen fest, wonach ein Eigenkapitalausweis möglich ist (HFA 1/1994). Die Finanzverwaltung vertritt nun mit ihrer Verfügung die Auffassung, dass die handelsrechtliche Einordnung von Genussrechten maßgeblich für die Steuerbilanz sei. Bisher konnte die abweichende Bilanzierung von Genussrechtskapital in Handels- und Steuerbilanz zu abschlusspolitischen Gestaltungen führen (handelsrechtlich hohe EK-Quote, steuerrechtlich Abzugsfähigkeit der Gewinnbeteiligung). Dies soll nach der genannten Verfügung nicht mehr möglich sein. Nach Ansicht der AG-Mitglieder handelt es sich bei Genussrechten um schuldrechtliche Verhältnisse, die regelmäßig nicht als Eigenkapital qualifizieren sollten. In der Arbeitsgruppe wurde nach Diskussion der Thematik beschlossen, folgendermaßen vorzugehen:

- Herr Prof. Dr. Fink fragt bei den zum Sitzungstermin nicht anwesenden AG-Mitgliedern oder -Interessenten an, ob das Thema der Genussrechtsbehandlung in den jeweiligen Unternehmen relevant ist und ggf. Einfluss genommen werden soll.
- Herr von Klinggräff fragt beim IDW an, ob die Verfügung der OFD NRW Auswirkungen auf die Positionierung des IDW zur Genussrechtsklassifizierung hat.
- Herr Lange fragt bei der Finanzverwaltung an, ob im Falle der „Umqualifizierung“ von Genussrechtskapital eine Übergangsregelung gelten könne, was die retropektive Anpassung angeht.

Als drittes Thema stellte Herr Lange die Thematik der Behandlung von Vergütungen für Arbeitnehmererfindungen vor. Dabei kommen bilanzsteuerrechtlich zwei Sichtweisen in Betracht, nämlich die Erfassung als abzugsfähige Betriebsausgaben oder die Aktivierung als Anschaffungskosten für erworbene immaterielle Wirtschaftsgüter. Hierzu erörterte Herr Lange zunächst die gesetzlichen Regelungen des ArbNErfG und wog die bilanzsteuerrechtliche Aktivierung als erworbenes immaterielles Wirtschaftsgut (Auffassung FG München) gegen die das Ansatzverbot – und damit die Abzugsfähigkeit – als selbst erstelltes immaterielles Wirtschaftsgut ab. In einem kurzen Exkurs wurde außerdem die in Deutschland fehlende F&E-Förderung über ein steuerliches Anreizsystem thematisiert. Die Arbeitsgruppe entschied sich nach eingehender Auseinandersetzung mit dem Thema, eine Einflussnahme hinsichtlich der fehlenden F&E-Förderung zunächst zurückzustellen. Stattdessen soll die Finanzverwaltung hinsichtlich deren Auffassung befragt werden. Gerade im innovativen Mittelstand ist das Thema durchaus von Bedeutung. Entsprechend wird Herr Fink eine Anfrage vorbereiten, die jedoch auch die Auffassung der AG ganz klar festlegt.

Anschließend stellte Herr Lange informatorisch die Regelungen zur Beschränkung des Sonderbetriebsausgabenabzugs nach § 4i EStG vor und erläuterte deren Auswirkungen auf bestimmte gesellschaftsrechtliche Strukturen. Abschließend wurde auf Anregung von Herrn Prof. Dr. Fink verschiedene Fragestellungen im Hinblick die Neuregelungen zur handelsrechtlichen Pensionsbewertung und das BMF-Schreiben vom 23.12.2016. Dabei wurde insbesondere die Frage diskutiert, ob die neu eingeführte Ausschüttungssperre auch für Personenhandelsgesellschaften greifen könne. In der AG herrschte Einigkeit darüber, dass dem wohl nicht so sei.

Weiteres Vorgehen:

Nach den oben geschilderten Maßnahmen wird Herr Prof. Dr. Fink im zweiten Quartal 2017 die AG-Mitglieder nach Themen und Terminen befragen und auf Basis der Rückmeldungen die nächste Sitzung organisieren.